

Beschluss des Deutschlandtages in Cottbus am 18. Oktober 2003

Initiative für mehr Generationengerechtigkeit in der Politik Ein Beitrag zur Folgeabschätzung staatlichen Handelns

1. Die Junge Union Deutschlands fordert eine Gesetzesinitiative zur Einführung einer „Generationenverträglichkeitsprüfung“. Diese könnte folgenden Wortlaut haben:

„Jedes Bundesgesetz, das unmittelbar oder mittelbar Folgen für die wirtschaftliche, ökologische oder soziale Entwicklung hat, hat in der Begründung auch darzulegen, ob und inwieweit es das Kriterium der Generationengerechtigkeit erfüllt“

„Generationengerechtigkeit“ wird dabei wie folgt definiert:

„Generationengerechtigkeit bedeutet: Staatliche Leistungen und Gegenleistungen sind über die Generationen hinweg auszugleichen. Künftige Generationen müssen bei gleicher Abgaben- und Steuerlast dieselben Leistungen von der staatlichen Gemeinschaft erhalten wie die heute lebenden Generationen.“

Diese Definition ist zwar vor allem politischer Natur, ihre Selbstbindungswirkung hat aber erhebliche Auswirkungen auf die öffentliche Debatte.

2. Darüber hinaus fordert die Junge Union Deutschlands die Einführung einer Generationenbilanzierung/Nachhaltigkeitsprüfung, die die finanzielle Belastung der Staatsverschuldung für einzelne Generationen misst: wie viel wird an den Staat gezahlt und wie viel zahlen die öffentlichen Kassen? Auf der einen Seite werden die Leistungen für Bildung, Ausbildung und Infrastruktur, auf der anderen Seite die Belastungen durch Staatsverschuldung, Pensionslasten und Generationenverträge abgebildet und verglichen.